
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

ISLAMISCHER RELIGIONSUNTERRICHT

27.09.2012

Wilhelm REUSCHER begrüßt die konsequente und verfassungskonforme Umsetzung des vom Runden Tisch beschlossenen Wegs: „Während in NRW weder Lehrer noch Lehrpläne zur Verfügung stehen, haben wir in Hessen zwei Antragssteller, die gute Chancen haben, staatlich anerkannte Religionsgemeinschaften nach Artikel 7 Abs. 3 des Grundgesetzes zu werden. Dieser Unterricht wird auf Grundlage des vom Runden Tisches beschlossenen Kerncurriculums in deutscher Sprache durchgeführt.“

Reuscher weiter:

„Die FDP-Landtagsfraktion ist der Auffassung, dass der Islam zu Hessen gehört, schließlich ist er drittgrößte Religionsgemeinschaft in Deutschland. Die Landesregierung plant daher die Einführung des bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts zum Schuljahr 2013/14 an 25 hessischen Grundschulen. An 25 weiteren Grundschulen soll es einen erweiterten Ethikunterricht mit dem Schwerpunkt Islam geben. Die für den islamischen Religionsunterricht benötigten Lehrer werden derzeit an der Universität in Gießen ausgebildet, wo seit dem Wintersemester 2011/12 der Studiengang „Lehramt an Grundschulen mit dem Unterrichtsfach islamische Religion“ angeboten wird.

Wir haben im Gegensatz zu NRW Lehrer, die wissen, welche Inhalte unterrichtet werden sollen und haben zukünftig staatlich anerkannte Religionsgemeinschaften als Ansprechpartner für den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht. Schwarzgelb setzt damit einen weiteren wichtigen Punkt ihres Koalitionsvertrages und ihrer Integrationspolitik um. Sorgfalt muss hier zum Wohle der hessischen Schülerinnen und Schüler vor Schnelligkeit gehen. Eine Mogelpackung wie in NRW wird es daher in Hessen nicht geben.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de